



böhlau

Heimliche Freunde

DIE BEZIEHUNGEN ÖSTERREICHS
ZU DEN DIKTATUREN SÜDEUROPAS NACH 1945:
SPANIEN, PORTUGAL, GRIECHENLAND

Stefan A. Müller · David Schriffel
Adamantios T. Skordos

böhlau

Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien
der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg

Herausgegeben von Robert Kriechbaumer · Franz Schausberger · Hubert Weinberger

Band 54

Stefan A. Müller · David Schriffel · Adamantios T. Skordos

Heimliche Freunde

Die Beziehungen Österreichs zu den Diktaturen Südeuropas
nach 1945: Spanien, Portugal, Griechenland



2016

BÖHLAU VERLAG WIEN · KÖLN · WEIMAR

ZukunftsFonds der Republik Österreich

Gedruckt mit der Unterstützung des Zukunftsfonds der Republik Österreich

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlagabbildungen:
Papadopoulos © Personalities/TopFoto/picturedesk.com
Salazar © akg-images/picturedesk.com
Franco © ÖNB/P 264/3

© 2016 by Böhlau Verlag Ges.m.b.H & Co. KG, Wien Köln Weimar
Wiesingerstraße 1, A-1010 Wien, www.boehlau-verlag.com

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig.

Korrektorat: Ernst Grabovszki, Wien
Umschlaggestaltung: Michael Haderer, Wien
Satz: Michael Rauscher, Wien
Druck und Bindung: Theiss, St. Stefan im Lavanttal
Gedruckt auf chlor- und säurefrei gebleichtem Papier
Printed in the EU

ISBN 978-3-205-20101-4

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	9
EINLEITUNG	II
<i>Stefan A. Müller</i>	
DIE BEZIEHUNGEN ÖSTERREICHS ZU SPANIEN: 1945–1978	19
Vorwort	19
Radikale Utopisten	19
Untergang und Neubeginn	25
<i>Fluchthilfe für Nationalsozialisten</i>	32
<i>Die Vertretung der Österreicher</i>	33
Verhinderte Freunde	35
<i>Österreichische Mädchen für den Caudillo</i>	37
Die Beurteilung des Regimes	40
<i>Die Gründung des CEDI und schwarze Sympathien</i>	42
Der steinige Weg zur Wiederaufnahme der Beziehungen	46
Unkritische Partner	55
<i>Die Bedeutung des CEDI</i>	57
<i>Ein Mariazeller Elefant im diplomatischen Porzellanladen</i>	60
<i>Die Botschafter und ihr Bild von Franco-Spanien</i>	61
<i>Wien als Brücke nach Osten</i>	66
<i>Stockende Wirtschaftsbeziehungen</i>	67
<i>Die Kultur als natürliche Verbindung</i>	70
Sozialistischer Widerstand, Koalitionskrise und das Ende des CEDI	73
<i>Gutes Klima und Schwenk der SPÖ</i>	76
Das Ende der Flitterwochen	80
<i>Kulturkampf mit Windmühlen</i>	82
<i>Ernüchterung und Distanz</i>	85
Wandel durch Annäherung	88
<i>Kontakte zur Opposition und die Proteste von 1975</i>	92
<i>Der König nimmt Kontakt auf</i>	97
<i>Ein Aufbruchsjahr und der Mallorca-Bonus</i>	99
<i>Freundschaftsdienste für Spanien</i>	105
<i>Staatsbesuch von Juan Carlos</i>	109
Zusammenfassung	115

Abbildungen Spanien	120
Literaturverzeichnis Spanien	126
Quellen aus dem Internet	128
Sonstige Quellen	129
<i>David Schriffel</i>	
DIE BEZIEHUNGEN ÖSTERREICHS ZU PORTUGAL: 1945–1974	131
Vorwort	131
Nachkriegsverhältnisse und Kinderhilfsaktion	131
Die Frage der Anerkennung Österreichs	135
Die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen	140
Weitere diplomatische Beziehungen und die Südtirolfrage	149
Wirtschaft und Handel	155
<i>Der Wiederbeginn wirtschaftlichen Austausches</i>	155
<i>Institutionalisierte Wirtschaftskooperation – die EFTA</i>	161
Die Vereinten Nationen als Prisma der Beziehungen	166
Das Bild Portugals in Österreich	180
<i>Das Regime, sein Führer und die Portugiesen</i>	180
<i>Die (linke) Opposition</i>	190
<i>Die Haltung zur Monarchie</i>	194
<i>Blockkonfrontation und Militär</i>	197
<i>»Dass hiebei Blut vergossen werden musste, braucht nicht so ernst genommen werden.« Die Kolonialfrage und Portugals »zivilisatorische Mission«</i>	200
<i>Medien</i>	214
Das Bild Österreichs in Portugal	216
Zusammenfassung	226
Abbildungen Portugal	228
Literaturverzeichnis Portugal	232
<i>Adamantios T. Skordos</i>	
DIE BEZIEHUNGEN ÖSTERREICHS ZUR GRIECHISCHEN JUNTA (1967–1974): ZWISCHEN VERACHTUNG UND PRAGMATISMUS	235
Vorwort	235
Vom Griechischen Bürgerkrieg zur Militärdiktatur	236
Der Staatsstreich und die »Verantwortung« Andreas Papandreous	246
Die Anerkennungsfrage	253
Einfrieren der Besuchsdiplomatie	262
Die griechische Frage im Europarat	266
Spannungen zwischen Wien und Athen: prominente Besuche	274
»Geschäfte« mit den Obristen	285

Das Argument des »kleinen Staates«	296
»Humanitäre Interventionen«	300
Schlussbetrachtung	317
Abbildungen Griechenland	319
Literaturverzeichnis Griechenland	324
PERSONENREGISTER	327
DIE AUTOREN	331

Adamantios T. Skordos

Die Beziehungen Österreichs zur griechischen Junta (1967–1974): zwischen Verachtung und Pragmatismus¹

VORWORT

Das letzte Kapitel dieser Studie verfolgt das Ziel, die politisch-diplomatischen Beziehungen Österreichs zur griechischen Militärdiktatur der Jahre 1967–1974 zu untersuchen. Es handelt sich dabei um ein Forschungsgebiet der österreichischen und griechischen Zeitgeschichte, das bis dato weder in den beiden Ländern noch in der internationalen Wissenschaftsgemeinschaft Berücksichtigung fand. Im Allgemeinen stellen die griechisch-österreichischen Beziehungen in der Zeit des Kalten Krieges auf den Gebieten der Politik-, Diplomatie- und Kulturgeschichte weitgehend *Terra incognita* dar. Dieses Kapitel versteht sich als ein erster Schritt zur Füllung dieser klaffenden Lücke. Erwähnt sei, dass bei diesem Versuch kein Anspruch auf Vollständigkeit hinsichtlich Forschungszielen und Quellenmaterial erhoben wird. Im Gegenteil: Vielmehr sollen mit diesem Beitrag erste Weichen für zukünftige Forschungsarbeiten gestellt werden. Dementsprechend lag der Fokus dieser Untersuchung auf der erstmaligen gründlichen Ausarbeitung der im Österreichischen Staatsarchiv (ÖStA), insbesondere im Archiv der Republik (AdR) aufbewahrten Archivbestände des österreichischen Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (BMfAA – heute Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres) zu den griechisch-österreichischen Beziehungen während der Athener Militärdiktatur der Jahre 1967–1974. Vor allem wurden die Akten der Politischen Sektion des Außenamtes für diesen Zeitraum ebenso durchgehend wie ausführlich gesichtet. Diese Akten bestehen größtenteils aus zahlreichen, sehr detailliert verfassten Berichten der österreichischen Botschaft in Athen zur politischen Lage in Griechenland nach dem Staatsstreich des 21. April 1967. Verfasst wurden diese in der Regel durch den österreichischen Missionschef in Griechenland, Ludwig Steiner, nach seiner Abberufung 1972 durch seinen

1 Der Verfasser dieses Kapitels dankt dem Institut für Byzantinistik und Neogräzistik der Universität Wien, insbesondere Prof. Dr. Maria A. Stassinopoulou, und dem Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO) an der Universität Leipzig, insbesondere Prof. Dr. Stefan Troebst, für die Zustimmung zur Ausarbeitung dieses Forschungsberichts als Nebentätigkeit während seiner hauptamtlichen Aufgaben in der Funktion des Universitätsassistenten bzw. wissenschaftlichen Mitarbeiters.

Nachfolger, Simon Koller, sowie gelegentlich durch die Geschäftsträger, Richard Wotawa und Franz Pernegger. Die Einsicht in die Korrespondenz der österreichischen Botschaft in Athen mit dem Außenamt in Wien bietet zum einen wichtige Informationen zur Politik der griechischen Junta auf verschiedenen Gebieten der Innen- und Außenpolitik. In Anbetracht des bis dato nur stiefmütterlich behandelten Themas der sogenannten Obristendiktatur – auch bzw. vor allem von der griechischen Geschichtswissenschaft² – sind die daraus zu gewinnenden Erkenntnisse für die Zeitgeschichtsforschung von großer Bedeutung. Zum anderen ermöglichen die besagten Archivalien einen guten Einblick in die österreichische Politik gegenüber dem Athener Militärregime. Diese Politik war, wie in den Anweisungen Wiens an die Missionschefs in Athen wiederholt beteuert wurde, durch den Grundsatz der Erhaltung zwar »nicht freundschaftlicher, dafür aber durchaus korrekter und normaler Beziehungen« zu den griechischen Junta-Regierungen geprägt.³ Ob und wie dieser Grundsatz in die Tat umgesetzt wurde, auf diese und auf andere relevante Fragen soll dieser Forschungsbericht erste Antworten geben.

VOM GRIECHISCHEN BÜRGERKRIEG ZUR MILITÄRDIKTATUR

Die Zeitgeschichte Griechenlands ist durch den Bürgerkrieg zwischen dem pro-westlich-bürgerlichen Lager und der moskautreuen Kommunistischen Partei Griechenlands (ΚΚΕ) während der zweiten Hälfte der 1940er Jahre stark geprägt. Dieser hatte bereits in der Besatzungszeit als Partisanenkrieg zwischen rechtsmonarchistischen und linksrepublikanischen Widerstandsorganisationen begonnen. Nach der Befreiung des Landes im Oktober 1944 eskalierte dieser Partisanenkrieg zu einer militärischen Auseinandersetzung größeren Ausmaßes zwischen den Truppen der bürgerlichen Regierung in Athen und der kommunistischen Demokratischen Armee Griechenlands. Der Griechische Bürgerkrieg endete mit der kommunistischen Niederlage im Spätsommer 1949.

Nachdem das bürgerliche Lager in den Jahren 1946–1949 seine militärische Auseinandersetzung mit dem kommunistischen mittels US-amerikanischer Unterstützung für sich entscheiden konnte, etablierte sich im Griechenland der sich selbst als »nationalgesinnt« bezeichnenden Bürgerkriegssieger ein politisches System, das der äußeren Gestalt nach einer westlichen Demokratie ähnelte. Unter der Oberfläche

2 Vgl. dazu Adamantios T. Skordos, Die Diktatur der Jahre 1967 bis 1974 in der griechischen und internationalen Historiographie. In: Stefan Troebst (Hg.), Postdiktatorische Geschichtskulturen im Süden und Osten Europas. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven (Göttingen 2010) 122–204.

3 Vgl. z. B. ÖStA/AdR, BMfAA, Gr.Zl. 160.014-6/Pol/72, DZ. Zl. 2477-GS/72 vom 10.7.1972. Neuer Missionschef in Griechenland. Informationen der Sektion II. AV vom 16.8.1972.

existierte allerdings ein repressiver Staatsmechanismus, der einerseits die »nationalgesinnten« Griechen bevorzugte, andererseits die mit den Bürgerkriegsverlierern sympathisierenden Bürger ökonomisch und sozial diskriminierte und politisch unterdrückte. Zwar waren in der Verfassung von 1952 die Meinungs- und Pressefreiheit, die politischen Freiheiten sowie die Gleichheit vor dem Gesetz verankert. Dennoch wurden diese Freiheiten durch eine Reihe von Beschlüssen, Verfassungsakten, Dekreten und Notgesetzen, die größtenteils während der Bürgerkriegsjahre als »außerordentliche Maßnahmen« erlassen worden waren und in die verfassungsrechtliche Geschichte Griechenlands als »Nebenverfassung« (*Parasyntagma*) eingingen, stark eingeschränkt. Ein aussagekräftiges Beispiel dafür, wie mittels letzterer die in der Verfassung von 1952 garantierten Freiheiten sowie die postulierte Gleichheit aller Bürger wieder außer Kraft gesetzt wurden, ist das 1948 verabschiedete und nach Bürgerkriegsende weiter bestehende Notgesetz 516 »über die Loyalitätskontrolle der öffentlichen Bediensteten«. Darin wurde festgelegt, dass Bewerber für eine Stelle im öffentlichen Dienst ein von den Polizeibehörden ausgestelltes »Zeugnis sozialer Gesinnung« bei den dafür eigens eingerichteten Loyalitätsausschüssen vorzuweisen hätten. Bürgern, die einer kommunistischen oder linken politischen Ausrichtung verdächtigt wurden, blieb dieses Zeugnis verwehrt.⁴

Neben außerordentlichen Maßnahmen und Notgesetzen, die, wie bereits erwähnt, die Bürgerrechte und die politischen Freiheiten der nicht »nationalgesinnten« Bevölkerung massiv einschränkten, bedienten sich die Bürgerkriegssieger eines parastaatlichen Netzwerkes, das die Zeitgenossen als »Nebenstaat« oder »Parallelstaat« (*Parakratos*) bezeichneten. Der »Neben«- oder »Parallelstaat« setzte sich aus zahlreichen Organisationen zusammen, die entweder staatlich geduldet waren oder sogar in Zusammenarbeit mit den staatlichen Sicherheitsdiensten tatsächliche oder vermeintliche Regimegegner, insbesondere auf dem Land, einschüchterten. Höhepunkt ihrer Tätigkeit war die Ermordung des linken Parlamentsabgeordneten Grigoris Lamprakis während einer Friedensveranstaltung 1963 in Thessaloniki.⁵ Begründet wurden diese unfreien Verhältnisse durch die Beschwörung einer permanenten kommunistischen Gefahr, der Griechenland ausgesetzt sei. Die Erinnerung an den Bürgerkrieg, und zwar nicht als solcher, sondern als »slawokommunistischer Angriff«

4 Hagen Fleischer, *Authoritarian Rule in Greece and its Heritage*. In: Jerzy Borejsza, Klaus Ziemer (Hg.), *Totalitarian and Authoritarian Regimes in Europe. Legacies and Lessons from the Twentieth Century* (New York 2006) 237–273, 241; Nikos Alivizatos, *The »Emergency Regime« and Civil Liberties, 1946–1949*. In: John Iatridis (Hg.), *Greece in the 1940s. A Nation in Crisis (Hanover 1981)* 220–228, 241–245; ders., *To syntagma kai oi echthroi tou sti neoelliniki istoria, 1800–2010* (Athen 2011), 364–370; Theodoros Lagaris, *Innerer Feind, Nation und Demokratie. Zum Legitimationsprozeß in Griechenland nach dem Bürgerkrieg* (Baden-Baden 2000) 105 f.

5 Fleischer, *Authoritarian Rule in Greece*, 241, 250; David Close, *The Legacy*. In: Ders. (Hg.), *The Greek Civil War, 1943–1950. Studies of Polarization* (London u. a. 1993) 214.

auf die staatliche und territoriale Integrität Griechenlands, spielte bei der Exemplifizierung dieser Bedrohung eine wichtige Rolle.⁶ Aufgrund seiner schwerwiegenden demokratischen Defizite bezeichnete der renommierte griechische Politologe und Historiker Ilias Nikolakopoulos das politische System, das zwischen dem Ende des Griechischen Bürgerkriegs und dem Beginn der siebenjährigen Militärdiktatur in Griechenland existierte, als »kränkelnde Demokratie« – ein Begriff, der sich mittlerweile in der wissenschaftlichen ebenso wie breiten Öffentlichkeit Griechenlands als *terminus technicus* durchgesetzt hat.⁷

In den repressiven Staatsmechanismus war neben der Polizei und den parastaatlichen Organisationen auch das Militär involviert. Letzteres stellte mit seiner langen Interventionsgeschichte in die griechische Politik sowie seiner 1944 gegründeten konspirativen Offiziersorganisation Heiliger Bund Griechischer Offiziere neben dem Königshaus und den rechtskonservativen Regierungen von Alexandros Papagos (1952–1955) und Konstantinos Karamanlis (1955–1963) den dritten Machtpol im antikommunistischen Griechenland des Kalten Krieges dar. Die Berufung auf den »inneren« kommunistischen Feind diente dem Militär als eine *raison d'être* und war ein erforderliches Instrument zur Legitimierung seiner erweiterten politischen Rolle. Angesichts des hohen Stellenwerts, der der kommunistischen Gefahr im »nationalgesinnten« Griechenland beigemessen wurde, verstand sich ein Teil der Militäroffiziere als Garant der Reproduktion der bürgerlichen Machtverhältnisse und hielt sich selbst für regierungsfähig im Falle einer Unfähigkeit der politischen Klasse, das Fortbestehen des Machtsystems zu sichern.⁸

In der Tat geriet das »nationalgesinnte« Machtgefüge spätestens ab Ende der 1950er Jahre zunehmend in Bedrängnis. Die »asymmetrische« Industrialisierung, die Anfang der 1960er Jahre ihren Höhepunkt erreichte, führte trotz des allgemeinen Anstiegs des Volkseinkommens zu einer Verschärfung der sozialen Gegensätze, die wiederum in einer politischen Massenmobilisierung für mehr Demokratie, Gleichberechtigung und Verstärkung des Parlamentarismus mündete. Der wirtschaftliche Aufschwung hatte u. a. auf einer während der Besatzungsjahre entstandenen Kapitalanhäufung, staatlichen Subventionen an Nutznießern des Systems und auf der Niedrighaltung der Löhne basiert. Folge dieser Entwicklung war eine Vergröße-

6 Vgl. Adamantios T. Skordos, Griechenlands Makedonische Frage: Bürgerkrieg und Geschichtspolitik im Südosten Europas, 1945–1992 (Göttingen 2012); ders., Die Besatzungs- und Bürgerkriegsjahre 1941–1949 in der griechischen Erinnerungs- und Geschichtskultur – unter besonderer Berücksichtigung des griechischen »Historikerstreits«, *Zeitgeschichte*, 41 (2014) 1, 19–38.

7 Fleischer, Authoritarian Rule in Greece, 246; Ilias Nikolakopoulos, *I kachektiki dimokratia. Kommata kai ekloges, 1946–1967* (Athen 2001).

8 Thanos Veremis, *The Military in Greek Politics. From Independence to Democracy* (London 1997) 15 ff; Thanasis Diamantopoulos, *I elliniki politiki zoi: eikostos aionas. Apo tin provenizeliki sti metapapandreiki epochi* (Athen 1997) 23f.

rung der bereits bestehenden Kluft zwischen Zentrum und Peripherie, Stadt und Land, bürgerlicher Schicht und Bauern. Die zu Ungunsten großer Teile der Bevölkerung vorgenommene Einkommensverteilung überschneidet sich wiederum mit einer Zunahme der sozialen Mobilität. Indem die arme Landbevölkerung im Zuge der Urbanisierung immer öfters in die bürgerlich dominierten Großstädte übersiedelte, wurde sie sich ihrer ökonomischen Misere stärker bewusst.⁹

Demzufolge sah sich das bürgerliche Establishment Ende der 1950er Jahre mit einer großen Unzufriedenheit in der Bevölkerung konfrontiert, die erstmals in den Wahlen von 1958 durch die beachtliche Stärkung der Partei der Einheitlichen Demokratischen Linken (Eniaia Dimokratiki Aristera, EDA) zum Ausdruck kam.¹⁰ Die EDA wurde seitens der Staatssicherheit verdächtigt, unter dem Einfluss der griechischen Exilkommunisten zu stehen.¹¹ (Letztere hatten als Folge ihrer Niederlage im

9 Spyros Sakellariopoulos, *Ta aitia tou aprilianou praxikopimatos, 1949–1967* (Athen 1998) 153–161; Marios Nikolinos, *Widerstand und Opposition in Griechenland. Vom Militärputsch 1967 zur neuen Demokratie* (Darmstadt 1974) 108–115.

10 Aus den Wahlen des 5. März 1950, den ersten nach Ende des Bürgerkriegs, ging eine Zentrumsregierung mit Nikolaos Plastiras als Premierminister hervor, die sich allerdings nur vier Monate an der Macht halten konnte. Darauf folgte eine weitere Zentrumsregierung, die dieses Mal von Sofoklis Venizelos angeführt wurde, der wiederum für den 9. September 1951 Neuwahlen ausrief. Diese Wahlen konnten die Zentrumsparteien erneut für sich entscheiden, sodass die Liberalen der Freiheitlichen Partei mit Venizelos an der Spitze und die Nationale Fortschrittliche Zentrumsunion von Plastiras eine neue Koalitionsregierung bildeten. Aber auch diese Regierung schaffte es nicht, mehr als eineinhalb Jahre an der Macht zu bleiben. Die Wahlen vom 16. November 1952 gewann schließlich Feldmarschall Alexandros Papagos mit seiner gerade gegründeten ultrakonservativen Partei Griechische Sammlung. Nach seinem Tod 1955 übernahm sein Minister Konstantinos Karamanlis – nach Intervention des Hofes zu seinen Gunsten – die Regierungsgeschäfte. Dieser gründete kurz danach seine eigene Partei, die Nationale Radikale Union (Ethniki Rizospastiki Enosi, ERE). Karamanlis blieb bis 1963 an der Macht. Die Wahlen im November 1963 und die im Februar 1964 konnte die Zentrumsunion (Enosis Kentrou, EK) von Georgios Papandreou für sich entscheiden, die sich allerdings im Juli 1965 in zwei Lager spaltete. Ein Teil der EK, die sogenannten »Abtrünnigen« (*Apostates*), übernahmen mit der Unterstützung des Königshauses und der ERE die Regierungsverantwortung. Die für Mai 1967 ausgerufenen Wahlen fanden aufgrund des Militärputsches vom 21. April 1967 nie statt. Vgl. u. a. Sotiris Rizas, *I elliniki politiki meta ton emfylio. Koinovouleftismos kai dimokratia* (Athen 2008), 154–172; Diamantopoulos, *I elliniki politiki zoi: eikostos aionas. Apo tin provenizeliki sti metapapandreiki epochi*, 93–115.

11 Die EDA war die einzige politische Kraft, die sich klar vom vorherrschenden Antikommunismus distanzierte. Verschiedene linke Kräfte hatten sich 1951 zu diesem Bündnis geschlossen, das seine Mitglied- und Anhängerschaft hauptsächlich aus den Reihen der illegalen KKE rekrutierte. Die EDA plädierte u. a. für Frieden und Zusammenarbeit zwischen den beiden Blöcken, eine neutrale Stellung Griechenlands innerhalb der bipolaren Weltordnung, die Annäherung des Landes an die kommunistischen Nachbarstaaten, für mehr soziale Gerechtigkeit sowie die Amnestie der kommunistischen Bürgerkriegsverlierer. Trotz der kommunistischen Vergangenheit vieler ihrer Mitglieder und Anhänger distanzierte sich allerdings die EDA deutlich von einem marxistischen Gesellschaftsmodell und zielte keineswegs auf einen Umsturz der parlamentarischen Demokratie. Vgl. u. a. Tasos Trikkas, *EDA, 1951–1967. To neo prosopo tis aristeras* (Athen 2009).

Bürgerkrieg Griechenland verlassen und im Ostblock Zuflucht gefunden.) Die politische Klasse sah sich gezwungen, die Reproduktion der sozialen Verhältnisse durch neue Strategien zu sichern. Während der konservative Ministerpräsident Karamanlis mit seinem Programm der sogenannten »bürgerlichen Modernisierung« eine Politik bezweckte, die durch die Stärkung der exekutiven Gewalt und die Einschränkung des politischen Einflusses des Königs bei gleichzeitiger Erhaltung der autoritären Strukturen gekennzeichnet war, bemühte sich die liberale ΕΚ unter der Führung von Georgios Papandreou um eine »demokratischere« Lösung. Er strebte einen Kompromiss zwischen der Bewahrung der alten Machtstrukturen und einem an das Lager der Bürgerkriegsverlierer gerichteten Versöhnungs- und Integrationsprozess an. Seine Lösung, für die er immer mehr Unterstützung bei der Bevölkerung erhielt, brachte zwangsläufig eine Stärkung des Parlamentarismus mit sich, die ein Teil der führenden politischen und ökonomischen Eliten, die Monarchie und vor allem die Armee als eine Bedrohung ihrer herrschenden Position innerhalb des Staates interpretierten.¹²

Bei den Wahlen von 1961 konnte eine Regierungsübernahme der ΕΚ durch Wahlbetrug und unter Anwendung von Einschüchterungsmethoden in der Provinz noch abgewendet werden. Der Sieg Karamanlis' und seiner von König und Militär unterstützten konservativen ΕΡΕ erwies sich allerdings als ein Pyrrhussieg. Papandreou akzeptierte das Wahlergebnis nicht, gab sich kompromisslos und rief zum Sturz der Regierung auf. Griechenland befand sich von diesem Moment an in offenem Aufruhr. Die Forderung nach Neuwahlen wurde von der Opposition und ihren Anhängern wiederholt gestellt und trotz Massenprotesten verweigert. Papandreou konnte schließlich nach den gewonnenen Wahlen vom Februar 1964 die Regierung übernehmen, und die Hoffnung vieler Menschen auf mehr Demokratie und Gerechtigkeit schien tatsächlich in Erfüllung zu gehen. Allerdings spaltete sich im Juli 1965 die ΕΚ aufgrund eines Konflikts zwischen dem Premierminister und dem jungen König Konstantin II. über die Kontrolle der Armee in zwei Lager. Ein Teil der Partei, die sogenannten »Abtrünnigen«, gründeten eine neue Partei namens Liberales Demokratisches Zentrum und bildeten im September 1965 mit Unterstützung des Königs und der konservativen ΕΡΕ ein neues Regierungskabinett. Der gestürzte Papandreou sprach von einem »königlichen Putsch« und rief seine Anhänger erneut zu einem »unnachgiebigen Kampf« auf. Sein Sohn Andreas ging sogar soweit, die Absetzung des Königs und die Ausrufung der Republik zu fordern unter Verweis darauf, dass der Hof schon immer einen negativen Einfluss auf die politischen Entwicklungen in Griechenland genommen habe.¹³ Der jüngere Papandreou, der es in den USA zum

12 Dimitris Charalampis, *Stratos kai politiki exousia. I domi tis exousias stin metemfyliaki Ellada* (Athen 1985) 104f.

13 Die Monarchie stellte in der Tat seit eh und je aufgrund der zahlreichen Eingriffe des Königshauses in die

renommierten Ökonomieprofessor geschafft hatte und erst 1959 nach Griechenland

griechische Innenpolitik einen permanenten Destabilisierungsfaktor dar. Die »Verfassungsrevolte« von 1843 hatte dem königlichen Absolutismus, der seit der neugriechischen Staatsgründung die Regierungspraxis bestimmte, ein Ende gesetzt. Mit der Verabschiedung einer Verfassung im März 1844 änderte sich die Staatsform von einer absoluten zu einer konstitutionellen Monarchie. Der von der bayrischen Königsfamilie stammende erste griechische Monarch, Otto I., wurde gezwungen, ein allgemeines Wahlrecht einzuführen und eine durch das Volk gewählte Regierung zu akzeptieren. Ab diesem Zeitpunkt waren Otto und seine Nachfolger auf dem hellenischen Thron, die ab 1863 ihre Herkunft aus dem Königshaus Glücksburg hatten, immer wieder bemüht, in das politische Tagesgeschehen einzugreifen und die demokratisch-parlamentarischen Spielregeln zu unterlaufen. Im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert machten mittlerweile Politiker mit einer republikanischen Grundausrichtung, wie etwa die liberalen Ministerpräsidenten Charilaos Trikoupis und Eleftherios Venizelos, hauptsächlich die königliche Interventionspraxis für die politische Instabilität und die Entwicklungsprobleme Griechenlands verantwortlich. Nur sehr ungern machte König Georg I. 1875 das Zugeständnis, dass der Monarch von nun an die Regierungsverantwortung an den Wahlsieger und nicht an eine politische Kraft seiner Präferenz zu übertragen habe. Das Verhältnis zwischen Monarchie und Republikanern wurde zunehmend konfliktträchtiger. Die Unstimmigkeit zwischen Premier Venizelos und dem germanophilen König Konstantin I. in der Frage des Eintritts Griechenlands in den Ersten Weltkrieg auf Seiten der Entente hatte schließlich die »Nationale Spaltung« zwischen republikanischen Venizelisten und antivenizelistischen Royalisten zur Folge. Die griechische Innenpolitik der Zwischenkriegszeit war im Wesentlichen durch diese Spaltung bzw. durch die Staatsformfrage geprägt. 1924 wurde mit Unterstützung republikanischer militärischer Kreise die erste Griechische Republik ausgerufen, nachdem zuerst König Georg II. zum Verlassen des Landes abgehalten worden war. Die Republik erwies sich aber als kurzlebig. Als Folge des royalistischen Wahlsieges 1933 kam es 1935 zur Restauration der Monarchie. Der auf den griechischen Thron zurückgekehrte Georg II. unterstützte 1936 die Errichtung einer faschistoiden Diktatur unter General Ioannis Metaxas. Während des Griechischen Bürgerkriegs führte er bis zu seinem Tod 1947 die »nationalgesinnten« Kräfte gegen die kommunistischen an. Sein Bruder, Paul I., stieg in einer sehr kritischen Phase des Bürgerkriegs auf den Thron, als dessen Ausgang noch völlig offen war. Unter seiner Führung vereinten sich Venizelisten und Anti-Venizelisten im gemeinsamen Kampf gegen den Kommunismus. Der Einfluss des Hofes auf die Regierungspolitik wurde durch den bürgerlichen Sieg erheblich verstärkt. Die neue Verfassung von 1952 trug wesentlich zur politischen Krise der 1960er Jahre bei, zumal sie die Kompetenzen des Königs bei der Regierungsbildung und -umbildung nicht genügend konkretisierte und einen erweiterten Spielraum für Interpretationen ließ. Diesen Spielraum nutzte dann Mitte der 1960er Jahre der junge und unerfahrene König Konstantin II., um nach dem eindeutigen Wahlsieg der EK im Februar 1964 den Demokratisierungs- und Liberalisierungsprozess aufzuhalten. Sein Hauptanliegen bestand darin, die Armee weiterhin unter königlicher Kontrolle zu behalten. Als Premier Georgios Papandreu Ende Juni 1965 den königstreuen Verteidigungsminister Petros Garoufalas entlassen und selbst das Amt übernehmen wollte, weigerte sich Konstantin II., diesen Wechsel anzunehmen und die entsprechende Urkunde zu unterzeichnen. Daraufhin reichte Papandreu seinen Rücktritt ein, der wider Erwarten vom König angenommen wurde. Die Krise des politischen Systems spitzte sich weiter zu, als der Monarch keine Neuwahlen, wie Papandreu forderte, ausrief, sondern im September 1965 nach zwei zunächst gescheiterten Versuchen die neue Regierung Stefanopoulos aus einem abtrünnigen Teil der EK ernannte. Vgl. u. a. Ioannis Zelepos, *Kleine Geschichte Griechenlands. Von der Staatsgründung bis heute* (München 2014) 56–60, 76–78, 181–203; Nikolakopoulos, *I kachektiki dimokratia*, 339–352; Richard Clogg, *A Concise History of Greece*, 3. Aufl. (Cambridge u. a. 2013) 51–53, 63, 91–97, 142–160.

zurückgekehrt war, führte den radikaleren Teil der ΕΚ an. Dieser schloss eine Zusammenarbeit mit der linken ΕΔΑ auf Regierungsebene nicht aus und forderte vehement die Beendigung des US-amerikanischen Einflusses in Griechenland. Die Radikalität der Positionen A. Papandreous und seiner Mitstreiter kombiniert mit zahlreichen populistischen Versprechen sorgten für größte Unruhe beim Hof und in Washington ebenso wie unter den Militärs. Während G. Papandreou niemals – selbst nach den Juli-Ereignissen von 1965 – die Staatsform und die antikommunistisch-prowestliche Grundausrichtung Griechenlands in Frage gestellt hatte, ließ sein immer populärer werdender Sohn alle Optionen für die Zukunft offen. Außer dem König nahm er die »Verräter« aus den eigenen Reihen, die sich von der ΕΚ abgespalten und die »Regierung der Abtrünnigen« gebildet hatten, ins Visier.¹⁴ Die vom König eingesetzte »Regierung der Abtrünnigen« konnte sich trotz des ununterbrochenen Beschusses der beiden Papandreous und ihrer Anhänger nahezu anderthalb Jahre an der Macht halten, bis die ΕΡΕ ihr die Unterstützung entzog. Daraufhin wurden für den 27. Mai 1967 Neuwahlen ausgerufen und alles deutete auf einen neuen klaren Sieg Papandreous hin.¹⁵

Dazu sollte es aber nie kommen. In der Nacht vom 20. auf den 21. April 1967 war es eine fünfzehnköpfige Gruppe von 14 Obristen und einem Brigadier, die wegen der »Gefahr« einer Demokratisierung des politischen Systems durch die ΕΚ einen Umsturz durchführte und die Staatsgewalt übernahm. Die führende Troika innerhalb dieser Gruppe setzte sich aus dem zukünftigen Diktator, Oberst Georgios Papadopoulos, Brigadier Stylianos Pattakos und Oberst Nikolaos Makarezos zusammen. Die Teilnahme von Brigadier Pattakos an der Verschwörung war für den Erfolg des Staatsstreiches insofern von großer Bedeutung, als er die in Athen stationierte Panzereinheit befehligte, die alle strategischen Punkte der Hauptstadt besetzte. Entscheidend für das Gelingen des Putsches war auch die Tatsache, dass sich in den ersten kritischen Stunden der Generalstabchef Georgios Spantidakis den Putschisten anschloss und der Armee den Befehl zur Ausführung des Prometheus-Planes, der in Zusammenarbeit mit der NATO für den Fall einer kommunistischen Revolte entworfen worden war, erteilte. Daraufhin wurde die gesamte politische Führung des Landes in Gewahrsam genommen oder unter Hausarrest gestellt und rund 8.000 Bürger, die in den Sicherheitsakten als »Kommunisten« eingetragen waren, festgenommen. Viele von ihnen wurden in den nächsten Tagen auf abgelegene Inseln gebracht, wie etwa Giaros, wo seit Bürgerkriegszeiten konzentrationslagerähnliche Einrichtungen existierten. Der König, der formell Oberbefehlshaber der Streitkräfte war, versuchte noch in den frühen Morgenstunden des 21. April, den Staatsstreich rückgängig zu

14 Nikolakopoulos, *I kachektiki dimokratia*, 339–371.

15 Ebd., 239–242; Solon Grigoriadis, *Istoria tis synchronis Elladas, 1941–1974. Diktatoria 1967–1974*, Bd. 3 (Athen 2011, Neuauflage v. 1973) 949–498.

machen, musste dennoch sehr schnell zur Kenntnis nehmen, dass Papadopoulos und seine Komplizen bereits große Teile der Armee unter ihre Kontrolle gebracht hatten und nicht bereit waren, sich seinem Willen zu beugen. Um ein Blutvergießen innerhalb des Militärs zu vermeiden, sah sich der Monarch gezwungen, einzulernen und am Nachmittag des 21. April 1967 die erste Junta-Regierung zu vereidigen. Immerhin konnte er durchsetzen, dass die Putschisten den königstreuen Generalstaatsanwalt Konstantinos Kollias als Premierminister akzeptierten. Eine der ersten Maßnahmen dieser Regierung bestand darin, alle Artikel der Verfassung, durch die politische Freiheiten garantiert wurden, außer Kraft zu setzen.¹⁶

Der Putsch selbst kam weniger überraschend als die Information über seine Urheber. Das Szenario eines königlichen Putsches zur Abwendung der bevorstehenden Mai-Wahlen zirkulierte seit Längerem in der Öffentlichkeit. Und in der Tat war in den letzten Monaten des Jahres 1966 eine Verschwörung des Königs, mehrerer Generäle und einiger konservativer Politiker – nachträglich als die »große Junta« bekannt – im Gang.¹⁷ Der König und seine Komplizen forderten allerdings in ihren Gesprächen mit den US-amerikanischen Entsandten in Athen ein eindeutiges Zugeständnis seitens Washingtons zur Durchführung des Putsches. Nachdem dieses nicht gegeben wurde, zögerte der König, seinen Generälen das grüne Licht für einen Umsturz zu geben.¹⁸ Angesichts der Unentschlossenheit Königs Konstantin II. zu handeln, mobilisierte sich die bis zu diesem Zeitpunkt weitgehend unbekannte Obristengruppe unter der Führung der besagten Papadopoulos, Makarezos und Patakos, um Griechenland in »allerletzter Minute« vor einem »erneuten kommunistischen Machtergreifungsversuch«, dem politischen Chaos und der »Filzokratie« der politischen Klasse zu retten – so die offizielle Junta-Diktion.¹⁹ Diktator Papadopoulos verglich in seiner Auftaktrede als neuer Staatskanzleiminister Griechenland mit einem schwer kranken Patienten, der solange im »Gipsverband« bleiben müsse, bis er sich wieder auf dem sicheren Weg der Genesung befinde.²⁰ Auch wenn bis heute noch viele Griechen davon überzeugt sind, dass die Obristen am 21. April 1967 auf direkten Befehl Washingtons gehandelt haben und deshalb die USA für die Militärdiktatur verantwortlich machen, ist der Staatsstreich vor allem als die Folge der graduellen Abkoppelung der Armee seit den Bürgerkriegsjahren von der politischen

16 Vgl. ebd., 73–75; Tasos Kontogiannidis, *I agnosti nyxtha tis 21. Apriliou 1967 kai ta onomata ton 6.135 syllyftonton* (Athen 1997); Heinz A. Richter, *Griechenland 1950–1974: Zwischen Demokratie und Diktatur* (Ruhpolding 2013), 352–389.

17 Tasos Vournas, *Istoria tis synchronis Elladas, 1967–1974. Chouna – Fakelos Kyprou* (Athen 1986) 7f.

18 Alexis Papachelas, *O viasmos tis ellinikis dimokratias* (Athen 2007) 237; Rizas, *I elliniki politiki meta ton emfylio. Koinouueftismos kai dimokratia*, 486.

19 Grigoriadis, *Istoria tis synchronis Elladas*, 106f.

20 Meletis Meletopoulos, *I diktatoria ton syntagmatarchon. Koinonia – Ideologia – Oikonomia*, 2. Aufl. (Athen 2000) 34.

Elite und der Monarchie zu betrachten. Zunehmend verstanden sich die Militärs als politischer Pol, der der Monarchie und der politischen Elite keineswegs untergeordnet sei, sondern im Notfall selbständig agieren könne.²¹

Die Tatsache, dass die »kleine Junta« Papadopoulos' und seiner Mitverschwörer der »großen Junta« des vor einem *coup d'état* zögernden Königs und der auf dessen Befehl wartenden Generäle zuvorkam, hatte für die Zukunft der Monarchie in Griechenland schwerwiegende Konsequenzen: Nachdem Konstantin II. am 14. Dezember 1967 infolge eines gescheiterten »Gegenputsches« Griechenland verlassen musste,²² schufen die sogenannten »Aprilianer« im Sommer 1973 die parlamentarische Monarchie als Staatsform ab und ersetzten diese durch die einer (angeblich) präsidentialen Republik. Junta-Chef Papadopoulos ernannte sich damals selbst zum ersten Präsidenten der Republik – er sollte seinen Vorstellungen nach bis Juni 1981 in diesem Amt bleiben – und ließ seine Berufung auf die neu erworbene Spitzenposition in Griechenland sogar durch ein Plebiszit bestätigen. Im letzterem, das am 29. Juli 1973 unter repressiven Bedingungen stattfand, sollen sich 72,2 Prozent der Wählerschaft für den Staatsformwechsel ausgesprochen haben.²³

Das politische Ende für Papadopoulos kam dennoch abrupt. Die von ihm 1973 aufgrund des ausländischen Drucks eingeleitete Liberalisierung des Regimes begünstigte im November 1973 im Athener Polytechnikum den Ausbruch eines Studentenaufstands. Seiner blutigen Niederschlagung, die mindestens 23 Menschen das Leben kostete, folgte die Absetzung Papadopoulos' durch den Hardliner Brigadier Dimitrios Ioannidis. Dieser, zum Zeitpunkt der Amtsenthebung Papadopoulos' Chef der Militärpolizei, führte die nächsten sieben Monate die Regierungsgeschäfte hinter

21 Vgl. dazu Nikos Mouzelis, *Neoelliniki koinonia. Opseis ypoanaptixis* (Athen 1978) 269f.; ders., *Koinovouleftismos kai ekviomichanisi stin imi-peripheria. Ellada, Valkania, Latiniki Ameriki* (Athen 1987) 233f.; ders., *On the Rise of Postwar Military Dictatorships: Argentina, Chile, Greece*, *Comparative Studies in Society and History*, 28 (1986) 1, 55–80; Charalampis, *Stratos kai politiki exousia*, 104f.

22 Die am 13. Dezember 1967 durchgeführte Operation des Königs, die Kontrolle über »seine« Armee zurückzugewinnen, war ausgesprochen schlecht organisiert. Insbesondere fand sie unter Verkennung der Tatsache statt, dass die Putschisten die neuralgischen Positionen im Militär mit ihnen ergebenen Offizieren besetzt hatten. Vor allem entscheidend war in dieser Hinsicht, dass General Odysseas Angelis, der Oberkommandierende der drei Waffen (Heer, Marina, Luftwaffe), dem König seine Unterstützung verweigerte und den Streitkräften den Befehl erteilte, dem Regime loyal zu bleiben. Die wenigen Generäle, die sich an die Seite des Königs stellten, wurden von jüngeren, juntatreuen Offizieren niedrigeren Ranges verhaftet. Es dauerte weniger als 24 Stunden, bis Konstantin die Hoffnungslosigkeit der Situation erkannte und mit seiner Familie nach Rom flüchtete. Begleitet wurde er bei seiner Flucht von Ministerpräsident Kollias, an dessen Stelle Diktator Papadopoulos höchstpersönlich trat. Zugleich wurde von der Junta Generalleutnant Georgios Zoitakis zum Regenten ernannt, der den König in der Zeit seiner Abwesenheit und bis zu seiner Rückkehr in all seinen Funktionen vertreten sollte. Vgl. u. a. Rizas, *I elliniki politiki*, 437; Zelepos, *Kleine Geschichte Griechenlands*, 205f.

23 *Alivizatos, To syntagma*, 412–415.

den Kulissen – deswegen auch »unscheinbarer Diktator« genannt – bis seine Intervention auf Zypern gegen den dortigen Staatspräsidenten, Erzbischof Makarios, zum türkischen Eingriff auf der Insel führte.²⁴

Die Zypern-Frage, deren Eskalation im Sommer 1974 das Ende der griechischen Junta herbeiführte, war seit der erlangten Unabhängigkeit der Insel von der britischen Kolonialherrschaft 1960 ein Dauerthema der griechischen Innen- und Außenpolitik. Seitens Athens betrachtete man die Staatswerdung Zyperns, das von einer griechischsprachigen Mehrheitsbevölkerung bewohnt war, aber auch eine große türkischsprachige Minderheit im Norden beheimatete, nur als eine Zwischenphase im Prozess der Eingliederung der östlichen Mittelmeerinsel in den griechischen Staat. Dieser Plan fand unter den Griechen Zyperns großen Zuspruch, während die zypriotischen Türken und Ankara strikt dagegen waren.

Papadopoulos hatte unmittelbar nach dem Putsch des 21. April 1967 erfolglos versucht, die griechisch-zypriotische Vereinigung mit der Türkei auszuhandeln und durch einen außenpolitischen Erfolg sein Regime im Inland zu etablieren. Das schlecht vorbereitete Unterfangen endete in einem Fiasko für die Obristen. Danach musste die Junta in der Zypern-Frage eine deutlich passivere Haltung einnehmen, zumal der griechisch-zypriotische Präsident Makarios gegen eine Union mit Griechenland und für die Unabhängigkeit Zyperns war, während die USA Athen und Ankara zugleich von einer gewalttätigen Intervention auf Zypern abrieten. Allerdings übernahmen Ende 1973 jene Junta-Kräfte in Griechenland die Macht, die seit Längerem die Beseitigung des aus ihrer Sicht nicht »kooperationswilligen« und kommunistisch angehauchten Makarios unterstützten. Nachdem der besagte Ioannidis und seine Mitstreiter die indifferente Haltung des US-amerikanischen Außenministers, Henry Kissinger, gegenüber ihren Umsturzplänen auf Zypern als ein Zugeständnis der Großmacht für die Vereinigung Zyperns mit dem griechischen »Vaterland« gedeutet hatten, gaben sie ihren Verbündeten auf der Insel für den Putsch gegen Makarios grünes Licht. Die türkische Entschlossenheit, als Folge des Putsches eine militärische Invasion auf Zypern durchzuführen, und die fehlende Bereitschaft der USA, Ankara davon abzuhalten, überraschten Ioannidis und die Führung der griechischen Streitkräfte, die aus unerklärlichen Gründen tatsächlich glaubten, die Türkei würde nicht eingreifen. Die griechische Armee war für einen Notfall nicht entsprechend vorbereitet.²⁵

In der aussichtslosen Situation, in der sich aufgrund der Machenschaften Ioannidis' Nikosia und Athen befanden, entschloss sich nun die Führung der griechischen Streitkräfte am 23. Juli 1974 zur Beendigung der Militärdiktatur und die Rückgabe

24 Grigoriadis, *Istoria tis synchronis Elladas*, 763; Rizas, *I elliniki politiki*, 465–468.

25 Sotiris Rizas, *Oi Inomenes Politeies, i diktatoria ton syntagmatarchon kai to kypriako zitima 1967–1974*, 2. Aufl. (Athen 2004); Grigoriadis, *Istoria tis synchronis Elladas*, 857–870.

der Macht an die vordiktatorische politische Klasse. Der »unscheinbare Diktator«, dem zahlreiche mittelrangige Offiziere weiterhin blind gehorchten, musste versprechen, diese Entscheidung zu respektieren, obgleich er dagegen war. Staatspräsident General Faidon Gizikis und die Oberbefehlshaber der griechischen Streitkräfte (General Grigorios Bonanos, General Andreas Galatsanos, Admiral Petros Arapakis und Luftmarschall Alexandros Papanikolaou) trafen die Entscheidung, die Militärdiktatur zu beenden, nicht nur unter dem Druck des auf Zypern vorrückenden türkischen Militärs, sondern auch aufgrund der (letztendlich unbestätigt gebliebenen) Nachricht, dass 250 in Nordgriechenland stationierte Offiziere bereit seien, gegen die Junta zu revoltieren. Diese Offiziere, so die am 22. Juli 1974 in Athen eingetroffene Nachricht, hätten unter der Führung von General Ioannis Davos, dem Kommandanten des schlagkräftigen Dritten Armeekorps, die unverzügliche Übergabe der Macht an den König und die Politiker gefordert, andernfalls würden sie sich mit den ihnen unterstellten Truppen Richtung Athen bewegen. Die Generäle und die Vertreter der politischen Klasse, die an den Krisenverhandlungen teilnahmen, legten sich auf die vom konservativen Politiker Evangelos Averof und Admiral Arapakis vorgeschlagene »Lösung Karamanlis« fest. Zum einen genoss Karamanlis aus seiner früheren Regierungszeit das Vertrauen des siegreichen antikommunistischen Bürgerkriegslagers, zum anderen schien er zu diesem Zeitpunkt als einziger über die notwendige Autorität zu verfügen, um Griechenland aus dem zypriotischen Desaster zu führen und einen möglichen erneuten Putschversuch Junta-treuer Elemente des Militärs zu verhindern.²⁶

DER STAATSTREICH UND DIE »VERANTWORTUNG« ANDREAS PAPANDREOUS

Der erste Bericht der Österreichischen Botschaft Athen (ÖBA) nach Wien, kurz nachdem in den frühen Morgenstunden des 21. April die von Papadopoulos angeführte Obristengruppe gegen die Regierung und den König geputscht hatten, verrät durch den Flüchtigkeitsfehler am Datum des Putsches, das um einen Tag nach vorn verlegt wurde, eine gewisse Aufregung und Verwirrung des Verfassers dieses Berichts. Verfasst wurde der Bericht von Botschafter Ludwig Steiner, seit 1964 österreichischer Missionschef in Griechenland und Zypern. Wie anschließend hier noch gezeigt wird, hatten er und die Mehrheit der anderen ausländischen Beobachter den aus dem linken Lager kommenden Warnungen vor der Gefahr eines Staatsstreichs wenig Glauben geschenkt. In diesem ersten Bericht nach dem Staatsstreich sind außerdem die ersten Eindrücke Steiners von den neuen Machthabern sowie seine Einschätzung zur

26 Ebd., 949–451; Rizas, *I elliniki politiki*, 486; Stavros Psycharis. *Ta paraskinia tis allagis* (Athen 2010, Neuaufgabe v. 1975); ders., *Oi 70 krisimes meres* (Athen 1976).

**SCHRIFTENREIHE DES FORSCHUNGSINSTITUTES
FÜR POLITISCH-HISTORISCHE STUDIEN DER
DR.-WILFRIED-HASLAUER-BIBLIOTHEK**

HERAUSGEGEBEN VON ROBERT KRIECHBAUMER,
HUBERT WEINBERGER UND FRANZ SCHAUSBERGER

EINE AUSWAHL

BD. 17 | ROBERT KRIECHBAUMER
EIN VATERLÄNDISCHES BILDERBUCH
PROPAGANDA, SELBSTINSZENIERUNG
UND ÄSTHETIK DER VATERLÄNDISCHEN
FRONT 1933-1938
2002. 272 S. 263 S/W-ABB. GB.
ISBN 978-3-205-77011-4

BD. 18 | FRANZ SCHAUSBERGER (HG.)
ENGAGEMENT UND BÜRGERSINN
HELMUT SCHREINER ZUM GEDENKEN
2002. 471 S. ZAHLR. S/W-ABB. AUF 36 TAF.
GB. MIT SU | ISBN 978-3-205-77072-5

BD. 19 | LAURENZ KRISCH
ZERSPRENGT DIE DOLLFUSSKETTEN
DIE ENTWICKLUNG DES NATIONAL-
SOZIALISMUS IN BAD GASTEIN BIS 1938
2003. 272 S. 16 S/W-ABB. 156 TAB. UND
GRAFIKEN. GB. MIT SU.
ISBN 978-3-205-77129-6

BD. 20 | OSWALD PANAGL,
ROBERT KRIECHBAUMER (HG.)
STACHEL WIDER DEN ZEITGEIST
POLITISCHES KABARETT, FLÜSTERWITZ
UND SUBVERSIVE TEXTSORTEN
2004. 216 S. BR | ISBN 978-3-205-77199-9

BD. 21 | OSKAR DOHLE,
NICOLE SLUPETZKY
ARBEITER FÜR DEN ENDSIEG
ZWANGSARBEIT IM REICHSGAU
SALZBURG 1939-1945
2004. 254 S. 47 S/W-ABB. BR.
ISBN 978-3-205-77255-2

BD. 22 | ROBERT KRIECHBAUMER
DIE ÄRA KREISKY
ÖSTERREICH 1970-1983 IN DER
HISTORISCHEN ANALYSE, IM URTEIL DER
POLITISCHEN KONTRAHENTEN UND IN
KARIKATUREN VON IRONIMUS
2006. XIII, 553 S. 31 KARIKATUREN. GB.
ISBN 978-3-205-77262-0

BD. 23 | ROBERT KRIECHBAUMER (HG.)
ÖSTERREICH! UND FRONT HEIL!
AUS DEN AKTEN DES
GENERALSEKRETARIATS DER
VATERLÄNDISCHEN FRONT
INNENANSICHTEN EINES REGIMES
2005. 436 S. GB. MIT SU.
ISBN 978-3-205-77324-5

BD. 25 | ULRIKE ENGELSBERGER,
ROBERT KRIECHBAUMER (HG.)
ALS DER WESTEN GOLDEN WURDE
SALZBURG 1945-1955 IN US-
AMERIKANISCHEN FOTOGRAFIEN
2005. 270 S. 263 S/W-ABB. GB. MIT SU.
ISBN 978-3-205-77325-2

BD. 26 | FRANZ SCHAUSBERGER
ALLE AN DEN GALGEN!
DER POLITISCHE »TAKEOFF« DER
»HITLERBEWEGUNG« BEI DEN
SALZBURGER GEMEINDEWAHLEN 1931
2005. 278 S. 29 S/W-ABB. GB. MIT SU.
ISBN 978-3-205-77340-5

**SCHRIFTENREIHE DES FORSCHUNGSINSTITUTES
FÜR POLITISCH-HISTORISCHE STUDIEN DER
DR.-WILFRIED-HASLAUER-BIBLIOTHEK**

BD. 27 | ROBERT KRIECHBAUMER (HG.)
»DIESES ÖSTERREICH RETTEN«
PROTOKOLLE DER CHRISTLICH-
SOZIALEN PARTEITAGE DER ERSTEN
REPUBLIK
2006. 485 S. GB. MIT SU.
ISBN 978-3-205-77378-8

BD. 28 | HERBERT DACHS (HG.)
**ZWISCHEN WETTBEWERB
UND KONSENS**
LANDTAGSWAHLKÄMPFE IN ÖSTER-
REICHS BUNDESLÄNDERN 1945–1970
2006. 469 S. 56 S/W-ABB. UND ZAHLR.
TAB. BR | ISBN 978-3-205-77445-7

BD. 29 | CHRISTIAN DIRNINGER,
JÜRGEN NAUTZ, ENGELBERT THEURL,
THERESIA THEURL
ZWISCHEN MARKT UND STAAT
GESCHICHTE UND PERSPEKTIVEN DER
ORDNUNGSPOLITIK IN DER ZWEITEN
REPUBLIK
2007. 555 S. ZAHLR. TAB. UND GRAFIKEN.
GB | ISBN 978-3-205-77479-2

BD. 30 | HEINRICH G. NEUDHART
PROVINZ ALS METROPOLE
SALZBURGS AUFSTIEG ZUR FACH-
MESSE-HAUPTSTADT ÖSTERREICHS
VON DEN ANFÄNGEN BIS ENDE DER
1970ER JAHRE
2006. 191 S. 27 S/W-ABB. 26 TAB. GB.
ISBN 978-3-205-77508-9

BD. 31 | HERBERT DACHS,
ROLAND FLOIMAIR, HERBERT MOSER,
FRANZ SCHAUSBERGER (HG.)
WOLFGANG RADLEGGER
EIN MITGESTALTER SEINER ZEIT
2007. 196 S. 32 S/W-ABB. GB.
ISBN 978-3-205-77590-4

BD. 32 | RICHARD VOITHOFER
POLITISCHE ELITEN IN SALZBURG
EIN BIOGRAFISCHES HANDBUCH
1918 BIS ZUR GEGENWART
2007. XXIV, 374 S. 24 S/W-ABB. GB.
ISBN 978-3-205-77680-2

BD. 33 | ROBERT KRIECHBAUMER
ZEITENWENDE
DIE SPÖ-FPÖ-KOALITION 1983–1987 IN
DER HISTORISCHEN ANALYSE, AUS DER
SICHT DER POLITISCHEN AKTEURE UND
IN KARIKATUREN VON IRONIMUS
2008. 626 S. 16 KARIKATUREN. GB.
ISBN 978-3-205-77770-0

BD. 35 | FRANZ SCHAUSBERGER (HG.)
GESCHICHTE UND IDENTITÄT
FESTSCHRIFT FÜR ROBERT KRIECH-
BAUMER ZUM 60. GEBURTSTAG
2008. 504 S. GB. MIT SU.
ISBN 978-3-205-78187-5

BD. 36 | MANFRIED RAUCHENSTEINER (HG.)
ZWISCHEN DEN BLÖCKEN
NATO, WARSCHAUER PAKT UND
ÖSTERREICH
2010. 817 S. ZAHLR. S/W-ABB. KT. TAB.
UND GRAFIKEN. GB. MIT SU.
ISBN 978-3-205-78469-2

**SCHRIFTENREIHE DES FORSCHUNGSINSTITUTES
FÜR POLITISCH-HISTORISCHE STUDIEN DER
DR.-WILFRIED-HASLAUER-BIBLIOTHEK**

BD. 37 | REINHARD KRAMMER,
FRANZ SCHAUSBERGER,
CHRISTOPH KÜHBERGER (HG.)

DER FORSCHENDE BLICK
BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE ÖSTER-
REICHS IM 20. JAHRHUNDERT
FESTSCHRIFT FÜR ERNST HANISCH
ZUM 70. GEBURTSTAG
2010. 505 S. 3 S/W-ABB. ZAHLR. TAB. UND
GRAFIKEN. GB. MIT SU.
ISBN 978-3-205-78470-8

BD. 38 | ERNST BEZEMEK,
MICHAEL DIPPELREITER
**POLITISCHE ELITEN IN
NIEDERÖSTERREICH**

EIN BIOGRAPHISCHES HANDBUCH
1921 BIS ZUR GEGENWART
2011. 393 S. 14 S/W-ABB. GB. MIT SU.
ISBN 978-3-205-78586-6

BD. 39 | HUBERT STOCK
»...**NACH VORSCHLÄGEN DER VATER-
LÄNDISCHEN FRONT**«

DIE UMSETZUNG DES CHRISTLICHEN
STÄNDESTAATES AUF LANDESEBENE,
AM BEISPIEL SALZBURG
2010. 185 S. 40 S/W-ABB. ZAHLR. GRAFI-
KEN UND TAB. BR.
ISBN 978-3-205-78587-3

BD. 40 | RICHARD VOITHOFER
»...**DEM KAISER TREUE UND
GEHORSAM...**«

EIN BIOGRAPHISCHES HANDBUCH DER
POLITISCHEN ELITEN IN SALZBURG
1861 BIS 1918
2011. 195 S. 10 S/W-ABB. BR.
ISBN 978-3-205-78637-5

BD. 41 | HERBERT DACHS, CHRISTIAN
DIRNINGER, ROLAND FLOIMAIR (HG.)
ÜBERGÄNGE UND VERÄNDERUNGEN
SALZBURG VOM ENDE DER 1980ER
JAHRE BIS INS NEUE JAHRTAUSEND
2013. 893 S. 38 S/W-ABB. UND GRAFIKEN
GB. MIT SU | ISBN 978-3-205-78721-1

BD. 42 | ROBERT KRIECHBAUMER,
PETER BUSSJÄGER (HG.)
DAS FEBRUARPATENT 1861
ZUR GESCHICHTE UND ZUKUNFT DER
ÖSTERREICHISCHEN LANDTAGE
2011. 238 S. 7 S/W-ABB. GB. MIT SU.
ISBN 978-3-205-78714-3

BD. 43 | ROBERT KRIECHBAUMER,
FRANZ SCHAUSBERGER (HG.)
DIE UMSTRITTENE WENDE
ÖSTERREICH 2000–2006
2013. 848 S. ZAHLR. FARB. UND S/W-ABB.,
TAB. UND GRAFIKEN. GB. MIT SU.
ISBN 978-3-205-78745-7

BD. 45 | ROBERT KRIECHBAUMER
UMSTRITTEN UND PRÄGEND
KULTUR- UND WISSENSCHAFTSBAUTEN
IN DER STADT SALZBURG 1986–2011
2012. 268 S. 64 FARB. ABB. GB.
ISBN 978-3-205-78860-7

BD. 46 | ROBERT KRIECHBAUMER
**ZWISCHEN ÖSTERREICH UND
GROSSDEUTSCHLAND**
EINE POLITISCHE GESCHICHTE DER
SALZBURGER FESTSPIELE 1933–1944
2013. 445 S. 70 S/W-ABB. UND 8 TAB. GB.
MIT SU | ISBN 978-3-205-78941-3

**SCHRIFTENREIHE DES FORSCHUNGSINSTITUTES
FÜR POLITISCH-HISTORISCHE STUDIEN DER
DR.-WILFRIED-HASLAUER-BIBLIOTHEK**

BD. 47 | ROBERT KRIECHBAUMER

**»... STÄNDIGER VERDRUSS UND VIELE
VERLETZUNGEN.«**

DIE REGIERUNG KLIMA/SCHÜSSEL
UND DIE BILDUNG DER ÖVP-FPÖ-REGIE-
RUNG. ÖSTERREICH 1997-2000
2014. 432 S. 54 TAB. GB. MIT SU.
ISBN 978-3-205-79570-4

BD. 48 | OSKAR DOHLE,
THOMAS MITTERECKER (HG.)

**SALZBURG IM ERSTEN WELTKRIEG
FERNAB DER FRONT – DENNOCH IM
KRIEG**

2014. 492 S. 154 S/W- UND FARB. ABB.
GB | ISBN 978-3-205-79578-0

BD. 49 | ANDREA BRAIT,
MICHAEL GEHLER (HG.)

GRENZÖFFNUNG 1989
INNEN- UND AUSSENPERSPEKTIVEN
UND DIE FOLGEN FÜR ÖSTERREICH
2014. 544 S. 6 S/W-ABB. ZAHLR. TAB.,
GRAFIKEN UND EINE CD. GB. MIT
SU | ISBN 978-3-205-79496-7

BD. 50 | LOTHAR HÖBELT (HG.)

AUFSTIEG UND FALL DES VDU
BRIEFE UND PROTOKOLLE AUS
PRIVATEN NACHLÄSSEN 1948-1955
2015. 346 S. GB | ISBN 978-3-205-79634-3

BD. 51 | CHRISTIAN DIRNINGER, THOMAS
HELLMUTH, ANTON THUSWALDNER

SALZKAMMERGUT SCHAUEN

EIN BLICK INS UNGEWISSE
REGIONALE IDENTITÄTEN 1
2015. 236 S. 23 S/W-ABB. GB. MIT
SU | ISBN 978-3-205-79643-5

BD. 52 | CLAUS REITAN

FRANZ SCHAUSBERGER
POLITIKER – HISTORIKER – EUROPÄER
BIOGRAFISCHE ANNÄHERUNG AN
EINEN VIELSEITIGEN
2015. 217 S. 52 S/W-ABB. GB. MIT SU.
ISBN 978-3-205-79653-4

BD. 53 | KÄRNTNER LANDESARCHIV,
JOHANNES HÖRL UND DIETMAR
SCHÖNDORFER (HG.)

**DIE GROSSGLOCKNER
HOCHALPENSTRASSE**
ERBE UND AUFTRAG
2015. 504 S. 463 S/W- UND FARB. ABB.
GB | ISBN 978-3-205-79688-6

BD. 54 | STEFAN MÜLLER, DAVID
SCHRIFFL, ADAMANTIOS SKORDOS

HEIMLICHE FREUNDE
DIE BEZIEHUNGEN ÖSTERREICHS
ZU DEN DIKTATUREN SÜDEUROPAS
NACH 1945: SPANIEN, PORTUGAL,
GRIECHENLAND
2015. 330 S. 23 S/W-ABB. GB.
ISBN 978-3-205-20101-4

Österreich hatte keine Berührungsängste gegenüber Diktatoren, unterstützte sie auf dem internationalen Parkett und pflegte – teilweise heimlich – gute Beziehungen zu umstrittenen Regimen. Nicht nur deshalb sorgten die Beziehungen zu Spanien, Portugal und Griechenland für Diskussionen und innenpolitische Kontroversen. Im Umgang mit den drei Diktaturen Südeuropas nach 1945 offenbart sich ein ambivalentes Verhältnis mit der eigenen Vergangenheit. Ein neuer Blick auf die politischen Beziehungen der Zweiten Republik.

